



## Die Wirtschaft weniger belasten!

Der Koalitionsvertrag gehört auf den Prüfstand, die Wirtschaft braucht mehr Spielraum: BDD-Präsident Uwe Goebel geht zum Jahresende mit der Bundesregierung hart ins Gericht.

**Wenig überraschend hat sich die Große Koalition** aus CDU, CSU und SPD zur Halbzeit der Legislaturperiode eine positive Zwischenbilanz ausgestellt. Richtig ist, dass vieles vom Koalitionsvertrag abgearbeitet wurde. Leider handelt es sich dabei jedoch vornehmlich um sozialpolitische Leistungsausweitungen

(wie zuletzt bei der Grundrente), die von der SPD vorangetrieben wurden.

**Aus unternehmerischer Sicht müssen wir ernüchert feststellen:** Allen Ankündigungen zum Trotz hat die Bundesregierung bei wesentlichen Themen wie dem Bürokratieabbau oder der Entlastung des Mittelstands nicht geliefert. Im Gegenteil: Die Sozialversicherungsbeiträge steigen. Spürbare Steuerentlastungen lassen ebenso auf sich warten wie eine grundlegende Unternehmenssteuerreform. Das vom Bundeswirtschaftsminister auf den Weg gebrachte Bürokratieentlastungsgesetz III bleibt weit hinter den Erwartungen zurück. Hinzu kommt, dass vieles, was im Koalitionsvertrag steht, nicht mehr zur aktuellen wirtschaftlichen Lage passt. Die Brexit-Achterbahnfahrt und der weiter eskalierende Handelskrieg zwischen den USA und China belasten unsere exportorientierte Volkswirtschaft. Die bürokratischen Einengungen der vergange-

nen Jahre hängen uns in der jetzigen Schwächephase wie ein Klotz am Bein. Dass sich die konjunkturelle Eintrübung nicht zu einer echten Rezession ausweicht, haben wir alleine dem privaten Konsum zu verdanken. Die Verbraucher sind – allen Wirren zum Trotz – nach wie vor guter Stimmung. Damit das auch in den kommenden Monaten und Jahren so bleibt, muss die Bundesregierung jetzt rasch die Rahmenbedingungen für eine krisensichere Binnenkonjunktur schaffen.



„**Es muss jetzt vor allem etwas für den Mittelstand getan werden.**“

Uwe Goebel, BDD

**Die Transformation der Automobilwirtschaft** wird am Ende hunderttausende Arbeitsplätze erfassen. Während die Mitarbeiter der Großkonzerne durch Beschäftigungssicherungsverträge vor Beschäftigungsverlust einigermassen geschützt sind, wird das Klima im Maschinenbau, bei den Zulieferern, bei den Zeitungsunternehmen und in der Dienstleistungsbranche, also im Mittelstand, frostig werden. Die Energiewende wird das private Leben, den Verkehr und die Produktion in allen Branchen verteuern. Diese Szenarien sind bekannt, es muss jetzt vor allem etwas für den Mittelstand getan werden. Dazu müssen die Unternehmen, Personengesellschaften an vorderster Stelle, steuerlich entlastet werden, um Freiräume für Investitionen in die Digitalisierung zu bekommen. Insgesamt brauchen wir ein Belastungsmoratorium und eine Steuerreform. Der Koalitionsvertrag gehört auf den Prüfstand. Alle noch geplanten bürokratischen und regulatorischen Einengungen der Bewegungsspielräume für Unternehmen gehören auf Eis gelegt!

**Uwe Goebel, BDD-Präsident**  
[info@bdd-online.de](mailto:info@bdd-online.de)

## INHALT

- 1\_Editorial: Das Jahr 2020
- 2\_Titelthema: die politischen Diskurse in Berlin und Brüssel
- 4\_Praxis: Vermögenssteuer
- 5\_Praxis: So sichern Sie mit Immobilien Ihr Kapital!
- 6\_Rechtstipps: Resturlaub / Arbeitszeiterfassung
- 7\_Region Hessen/Impressum
- 8\_News/Termine/ Konsumbarometer

Wirtschaftsminister Peter Altmaier stellte sich dem Dialog.



## Handel schafft Werte

Gute Laune und ein zukunftsorientierter Dialog beherrschte den diesjährigen Deutschen Handelskongress im November in Berlin.

Rund 1.500 Vertreter der Handels- und Dienstleistungsbranche und über 100 hochkarätige Referenten kamen in diesem Jahr in Berlin beim Deutschen Handelskongress zusammen, um sich

über die neuesten Trends der Branche auszutauschen. Unter den Referenten waren Vertreter der Industrie, des Handels und seiner Partner wie Frans Muller (President & CEO, Ahold Delhaize),

Franz-Olaf Kallerhoff (Vorsitzender der Geschäftsführung, Procter & Gamble DACH), Sonja Moosburger (Chief Operating Officer, MediaMarktSaturn N3XT) und Dr. Michael Peterseim (CFO, KaDeWe Group).

HDE-Präsident Josef Sanktjohanser erläuterte zu Beginn des Kongresses das Motto „Vision. Innovation. Wohlstand. Der Handel schafft Werte“: „Damit wollen wir zum Ausdruck bringen, dass der Handel wesentlich zum Wohlstand in diesem Land beiträgt. Der Handel schafft jedoch weit mehr als nur ökonomische Werte. Er hat auch eine gesellschaftliche Schlüsselrolle.“

HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth, zugleich Bundesgeschäftsführer des BDD, stellte einfürend die Datenökonomie, Plattformökonomie und Künstliche Intelligenz (KI) als zentrale Herausforderungen für den Handel in den kommenden Jahren heraus. Die intelligente Verknüpfung der Vertriebskanäle sei dabei weiterhin eine zentrale Voraussetzung dafür, um im Handel der Zukunft erfolgreich zu sein.

Ein Highlight auf dem Kongress war auch in diesem Jahr der Dialog mit der Spitzenpolitik. Beim Besuch von Bun-

### Digitalisierung: Neu denken ist gar nicht so einfach!

**Der HDE hatte zum Parlamentarischen Abend 2019** ins neue Google-Büro Berlin eingeladen. Die Notwendigkeit, Handel und Dienstleistung zu digitalisieren, stand dabei im Mittelpunkt. „Zwei Drittel der Mittelständler brauchen noch das richtige digitale Konzept“, erläutert HDE-Präsident Josef Sanktjohanser zum Einstieg in die Podiumsdiskussion des Abend, bei der u. a. Katja Suding, die stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, und Danyal Bayaz, der Startup-Beauftragte von Bündnis 90/Die Grünen, ein offenes Ohr für die sich

wandelnde Branche zeigten. Die aktuelle HDE-Konjunkturumfrage, so Sanktjohanser, mache deutlich, dass sich die kleinen und mittelständischen Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten aber deutlich pessimistischer zeigen. Diese Unternehmen hätten Schwierigkeiten, die Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern. „Wer heutzutage nicht im Internet vertreten ist, existiert für viele Kunden gar nicht mehr“, so Sanktjohanser. FDP-Frau Suding outete sich als Fan stationärer Geschäfte: „Das Schönste nach einer langen Sit-

zungswoche ist es, am Wochenende in den Supermarkt zu gehen“, sagte Suding und schwärmte vor allem vom Einkauf von frischem Obst und Gemüse. Um die Branche zu stärken, verspricht sie ein Augenmerk auf Bürokratieabbau und Überregulierung sowie die Arbeit an einer Unternehmenssteuerreform. Der Grüne Danyal Bayaz betont, man müsse ein Klima im Mittelstand schaffen, um die Unternehmen für digitale Ideen zu begeistern und Kapital bereitstellen, um gerade junge Gründer in Sachen Technik mitzunehmen.

deswirtschaftsminister Peter Altmaier forderte Sanktjohanser vor allem mehr finanzielle Freiräume insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Diese seien die Voraussetzung dafür, um in neue Technologien wie Künstliche Intelligenz zu investieren.

Obwohl der HDE für den Einzelhandel im laufenden Jahr eine Umsatzsteigerung von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erwartet, sieht der Verband dringenden politischen Handlungsbedarf. Denn nicht alle Unternehmen profitieren gleichermaßen von der positiven Entwicklung: „Mittlere und kleinere Betriebe werden angesichts eines immer härteren Wettbewerbs im globalen Plattformkapitalismus an den Rand gedrängt oder kommen ganz unter die Räder“, befürchtet Sanktjohanser.

Um den Unternehmen mehr finanziellen Spielraum zu verschaffen, unterstützt der HDE den Vorschlag von



HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth stellte die zentralen Herausforderungen dar.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier, den Solidaritätszuschlag bereits 2020 und dann für alle Unternehmen und Bürger abzuschaffen. Außerdem sollte die teure EEG-Finanzierung reformiert werden. Die Umlage müsse vollständig durch den CO<sub>2</sub>-Preis ersetzt werden.

Ein gewohnt spektakuläres Highlight: Die Verleihung des Deutschen Handelspreises. Die Preisträger 2019: Schuhhaus Hch. Zumorde (Kategorie Mittelstand) und die Schwarz Unternehmenstreuhand (Lidl Stiftung) in der Kategorie Großunternehmen. Mit dem Lifetime Award wurde Thomas Bruch, Geschäftsführender Gesellschafter der Globus SB-Warenhaus Holding, ausgezeichnet. „Wenn man unternehmerisch tätig ist, braucht man Mut, aber immer auch ein Stück Demut. Beides gehört zusammen“, kommentierte Bruch die Auszeichnung.

Die Jury zeichnete Robert Götting, Lidl-Filialleiter in Röbel an der Müritz, als „Gesicht des Handels 2019“ aus. Der Innovationspreis des Handels, ein Publikumspreis, der in einem Pitch ermittelt wurde, ging an TooGoodToGo, einer App zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen. Moderatorin des Abends war die Journalistin Judith Rakers.

## Mit Dienstleistung und Handel die Heimat erhalten

Die EU hat die Bedeutung von Dienstleistung und Handel für Nahversorgung und für funktionierende Innenstädte fest im Blick. Der BDD-Schwesterverband HDE diskutierte darüber in Brüssel vor rund 300 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden. Doch darauf ausruhen könnten sich Dienstleister und Handel weder in Deutschland, noch in

anderen europäischen Regionen. Der Strukturwandel der Branche sei in vollem Gange, die veränderten Konsumentenbedürfnisse, eine nachlassende Nahversorgung und viele bürokratische Auflagen seien nur einige der Probleme, mit denen die Branchen zu kämpfen hätten. Hubert Gambs, Direktor für Modernisierung des Binnenmarkts der EU-

Kommission, stellte klar, dass Brüssel diese schwierigen Bedingungen erkannt habe. „Eine aktive Regionalpolitik ist unabdingbar für funktionierende Regionen“, sagte Gambs. Maria Noichl, SPD-Politikerin im EU-Parlament aus Rosenheim, stellte den Begriff Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt ihrer Ausführungen. Es sei unbedingt Aufgabe der Politik, den Bürgern zu ermöglichen, in ihrer Heimat bleiben zu können und dafür Sorge zu tragen, dass dort die Versorgung von Schule über Medizin bis hin zum Handel weiter stimme. Markus Pieper, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, will vor allem gegen Überregulierungen, Ungerechtigkeiten und zuviel Bürokratie vorgehen. Außerdem müsse für die digitale Wirtschaft europaweit aufgerüstet werden, betonte er.



Volles Haus in Brüssel: Stefan Genth (BDD), Michael Reink (HDE), Moderatorin Andrea Kurtz und die Politiker Markus Pieper, Maria Noichl und Hubert Gambs (v. l.).

# An die Substanz

Die SPD fordert die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das könnte an die Unternehmenssubstanz gehen, warnt der Steuerberater Dr. Henrik Sundheimer im Interview mit Gastautorin Elena Kuss.



Dr. Henrik Sundheimer ist Partner der Kanzlei Ebner Stolz.

## >> Was würde eine Vermögensteuer für den Handel und die Dienstleistungsbranche bedeuten?

**Henrik Sundheimer:** Liquide Mittel, die für die Vermögensteuer benötigt werden, können nicht mehr investiert werden. Neuinvestitionen würden sich weniger lohnen, weil das Betriebsvermögen besteuert wird. Ja, die Vermögensteuer könnte sogar an die Substanz der Unternehmen gehen.

## Die von der SPD geplante Steuer soll jedoch nur ein Prozent der Bevölkerung betreffen.

Richtig. Doch mit der Vermögensteuer wäre es möglich, dass in einem Geschäftsjahr, in dem ein Unternehmer Verluste erzielt oder nicht über genügend liquide Mittel verfügt, die Vermögensteuer dennoch greift und er im schlechtesten Fall Vermögensgegenstände verkaufen oder aber einen Kredit aufnehmen muss.

## Und im Normalfall?

Angenommen, der Dienstleister oder

„Liquide Mittel, die für die Vermögensteuer benötigt werden, können nicht mehr investiert werden.“

Einzelhändler ist alleiniger Gesellschafter einer Kapitalgesellschaft, zum Beispiel einer GmbH, so hat die SPD zwei Ideen, die Besteuerung vorzunehmen. Zum einen die Möglichkeit, das Vermögen zu 50 Prozent auf der Ebene der Anteilseigner und zu 50 Prozent auf der Ebene der Kapitalgesellschaft zu berücksichtigen. Die andere Möglichkeit wäre, das Betriebsvermögen ausschließlich auf Seiten des Anteilseigners zu besteuern. Dadurch, dass der Unternehmer alleiniger Gesellschafter ist, muss er in beiden Fällen die Steuer direkt beziehungsweise indirekt über die Kapitalgesellschaft tragen. Die Idee der SPD bei der Bewertung des Vermögens ist, sich an den Maßstäben der Erbschaftsteuer zu orientieren. Gehören die Vermögenswerte zum

Betriebsvermögen, greifen die für Betriebsvermögen relevanten erbschaftsteuerlichen Regelungen.

## Welche Summe könnte die Steuer einbringen?

Der Beschluss des SPD-Präsidiums vom 26. August 2019 geht bei einem Steuersatz von einem Prozent von Steuereinnahmen in Höhe von 10 Milliarden Euro aus. Je nach Ausgestaltung liegt das geschätzte Steueraufkommen laut der Studie des DIW Berlin zwischen 11 und 23 Milliarden Euro. Jedoch darf man nicht die mit der Erhebung der Steuer in Zusammenhang stehenden Kosten außer Acht lassen.

## Sie meinen die jährlichen Bewertungen beziehungsweise Vermögensteuererklärungen?

Ja, das ist ein weiterer Negativaspekt. Die Bürokratiekosten werden nach der Studie des DIW Berlin auf bis zu 8,2 Prozent des Steueraufkommens geschätzt. Ich halte das für sehr optimistisch, da nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts eine realitätsgerechte Bewertung für alle der Vermögensteuer unterliegende Wirtschaftseinheiten und Wirtschaftsgüter erfolgen muss.

## Wird das von der SPD angestrebte Ziel der Steuergerechtigkeit erreicht?

Meines Erachtens nach eher nicht. Die Personengruppen, auf die die Vermögensteuer abzielt, werden Wege finden, ihre Wirkung zu umgehen oder zumindest abzumildern. Dem regional oder lokal ansässigen Einzelhändler stehen diese Möglichkeiten nicht zur Verfügung. Damit würde die Vermögensteuer im Ergebnis die falsche Personengruppe treffen.

## Betroffene könnten die Steuer also durch einen Umzug umgehen?

Ja, Steuerflucht in Länder, die keine Vermögensteuer erheben, ist möglich. Und da gibt es einige: zum Beispiel Österreich, Belgien oder Dänemark. Eine Abstimmung zumindest auf EU-Ebene, beispielsweise in Form einer Mindestbesteuerung, ist zu empfehlen.

# Rendite statt Leerstand

Nicht mehr benötigte Flächen lassen sich anderweitig nutzen. So machen Unternehmen aus Kostentreibern attraktive Ertragsquellen, erläutert Gastautor Stephan Knichel.

**Viele mittelständische Unternehmen halten Immobilien im Bestand.** Doch solche Unternehmensimmobilien sind zunehmend von Leerständen betroffen. Der digitale Wandel beschleunigt diese Entwicklung. Durch produktivere und kleinere Maschinen benötigen Unternehmen tendenziell immer weniger Raum für ihre Geschäfte. Noch mangelt es vielerorts an passenden Konzepten für eine Nachnutzung. Viele mittelständische Unternehmen müssen dringend aktiv werden, um ihre Firmenimmobilie zukunftsorientiert und rentabel zu managen.

**Viele Unternehmen betreuen ihren Immobilienbestand in Eigenregie, parallel zum Stammgeschäft.** Naturgemäß geraten schnell einige Dinge aus dem Blick. Eine geringe Flächenauslastung erweist sich als eine tückische Kostenfalle. Nicht mehr betriebsnotwendige oder ungenutzte Flächen laufen bisweilen ungeprüft mit. Sie treiben die Betriebskosten deutlich in die Höhe. Leerstehende Räume verursachen hohe Unterhaltskosten, insbesondere bei älterer Bausubstanz.

**Bei vielen Firmenimmobilien laufen die Kosten aus dem Ruder,** ohne dass die Besitzer es merken oder wahrhaben wollen. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht ist der Nutzen vieler

„Innerhalb einer Immobilie ist eine Vielzahl von Nutzungen realisierbar, die nicht zwingend dem eigenen Geschäftsbetrieb dienen.“



Stephan Knichel,  
Tresono Family Office

Firmenimmobilien fragwürdig. Unerlässlich ist ein detaillierter Kostenüberblick. Unternehmen sollten alle laufenden Betriebskosten erfassen und für die einzelnen Flächeneinheiten umlegen. Damit sollte eine gründliche Bedarfsanalyse einhergehen, welche Flächen das eigene Unternehmen jetzt und in Zukunft tatsächlich benötigt.

**Gerade Immobilien im Besitz von angestammten Familienunternehmen** erfordern dringend eine Bestandsaufnahme. Viele Immobilien werden aus wirtschaftlicher Sicht nicht optimal gemanagt. Kostentreiber bleiben unerkannt und attraktive Potenziale ungenutzt. Ein Umdenken zahlt sich aus: Unternehmen können Aufgaben des Immobilienmanagements auslagern, um Ressourcen für das Kerngeschäft freizusetzen oder völlig neue Nutzungskonzepte zu entwickeln.

**Eine Firmenimmobilie wird oft als zusammenhängendes Objekt betrachtet.** Tatsächlich aber sind innerhalb einer Immobilie eine Vielzahl von Nutzungen realisierbar, die nicht zwingend dem eigenen Geschäftsbetrieb dienen. Bauliche Maßnahmen eröffnen ganz neue Möglichkeiten. „Historische“ Grundrisse lassen sich zum Teil deutlich verschlanken. Es entsteht ein Mehrangebot von nutzbaren Flächen.

**Das A und O ist eine maximale Flexibilität bei Flächenzuschnitten.** Unternehmen sollten in der Lage sein, ihre Flächen möglichst kurzfristig zu vergrößern oder zu verkleinern. Bei der Nutzungsform ist Vielseitigkeit gefragt. Produktionsbereiche sollten sich beispielsweise schnell in Lagerflächen umwandeln lassen. Einige Firmenimmobilien sind Rohdiamanten, die noch geschliffen werden müssen. Die Möglichkeiten reichen von der Modernisierung, über Neu- und Anbauten bis hin zur Umnutzung gewerblicher Flächen in Wohnraum oder der Schaffung von Mitarbeiterwohnungen.

**Auch der Verkauf oder Teilverkauf der Immobilie** kann eine lohnende Option sein, um Mittel freizusetzen und ins Stammgeschäft zu investieren.

## Profitable Firmenimmobilien: So funktioniert's!

**1. Eigenbedarf klären:** Viele Flächen dienen als Raumreserve und bleiben langfristig ungenutzt. Deshalb: Flächenbedarf regelmäßig mit der aktuellen Firmensituation und der geplanten Geschäftsentwicklung abgleichen.

**2. Zahlen prüfen:** Viele Kosten rund um die Firmenimmobilie lauern im Verborgenen. Gerade bei älteren Gebäuden drohen dauerhaft hohe Unterhaltskosten. Für eine realistische Kosten-Nutzen-Bewertung müssen alle Zahlen auf den Tisch.

**3. Strategie entwickeln:** Nicht betriebsnotwendige oder unrentable Flächen lassen sich umnutzen, vermieten oder verkaufen. Klarheit über wirtschaftlich sinnvolle Wege verschafft eine Immobilienstrategie.

# Umgang mit Resturlaub

Weit verbreiteter Irrtum: Jahresurlaubstage können nicht automatisch noch im ersten Quartal des Folgejahres angetreten werden.

**Grundsätzlich muss der Jahresurlaub bis zum Jahresende** genommen werden. Geschieht das nicht, verfällt er ersatzlos. Eine Übertragung ist nur in wenigen Ausnahmefällen möglich. Grundsätzlich ist der Jahresurlaub bis zum Jahresende anzutreten. Eine Übertragung ins nächste Jahr ist nur möglich, wenn er aus dringenden betrieblichen oder persönlichen Gründen nicht eingelöst werden kann. Ausschließlich Mitarbeiter, die erst in der zweiten Jahreshälfte ins Unternehmen eingetreten sind, dürfen die Urlaubsübertragung auch ohne besonderen Grund verlangen. Ins Folgejahr übernommener Urlaub muss in den ersten drei Monaten gegeben und genommen werden. Am 31. März verfällt er ersatzlos – außer Vorgesetzter und Mitarbeiter vereinbaren eine Übertragung darüber hinaus.

**Fehlt ein Arbeitnehmer wegen langer Krankheit,** entsteht trotzdem ein



Bis Jahresende: Das ist die Urlaubsregel!

Urlaubsanspruch. Selbst wenn er das komplette Jahr krank war, kann der Arbeitnehmer dafür den gesamten Jahresurlaub beanspruchen. Dieser Resturlaub verfällt spätestens 15 Monate nach Ablauf des Arbeitsjahres, in dem er erworben wurde.

**Geht ein Angestellter in Elternzeit, verfällt nicht angetretener Urlaub**

nicht mit dem Jahresende. Urlaubstage, die vor der Elternzeit nicht genommen werden konnten, stehen der Person nach der Elternzeit im laufenden oder darauffolgenden Urlaubsjahr zu. Selbst wenn sich wegen einer weiteren Geburt nahtlos eine zweite Elternzeit anschließt, verfällt der alte Urlaub nicht. Endet das Arbeitsverhältnis in der Elternzeit oder wird es im Anschluss an die Elternzeit nicht fortgesetzt, muss der Resturlaub durch den Arbeitgeber ausgezahlt werden.

**Das Arbeitsrecht erlaubt das Auszahlen des Urlaubs** eigentlich nur in einem einzigen Fall: Und zwar wenn der Urlaub ganz oder teilweise nicht genommen werden kann, weil das Arbeitsverhältnis endet. Der Anspruch auf Auszahlung wird mit dem Ausscheiden des Mitarbeiters fällig. Er verfällt – wie der Urlaubsanspruch – spätestens 15 Monate nach Ablauf des Jahres, aus dem der Urlaub stammt. In der Praxis sieht es allerdings häufig anders aus: Mitarbeiter bitten um die Auszahlung ihres Urlaubs oder der Arbeitgeber schlägt Urlaubsabgeltung vor, um nicht auf seine Arbeitskräfte verzichten zu müssen. Das funktioniert, solange sich beide Parteien an die Abmachung halten.

## Was tun bei der Erfassung der Arbeitszeiten?

**In einem vielbeachteten Urteil hatte der Europäische Gerichtshof** über die Frage entschieden, ob Arbeitgeber in der EU Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter erfassen müssen. Dazu Dr. Sören Langner, Partner und Fachanwalt für Arbeitsrecht am Berliner Standort der Wirtschaftskanzlei CMS Deutschland: „Die Erfassung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit bedeutet für Arbeitgeber ein neues Bürokratiemonster und das vorläufige Ende der Vertrauensarbeitszeit.“ Außerdem mahnt Langner zur Ruhe:

„Akuter Handlungsbedarf besteht für Arbeitgeber derzeit noch nicht, der deutsche Gesetzgeber ist nun aufgefordert, die Vorgaben des EuGH umzusetzen; wahrscheinlich durch eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes.“  
 „Eine solche allgemeine Pflicht zur Arbeitszeiterfassung würde zusätzliche Bürokratie sowie erhebliche Kosten auslösen und damit insbesondere die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen im Einzelhandel völlig überfordern“, so der HDE-Geschäftsführer für Arbeit und Soziales, Steven Haarke, der

auch den BDD betreut. Die EuGH-Entscheidung wirke zudem wie ein Relikt aus einer längst vergangenen Zeit. So werde in Deutschland bereits seit Jahren darüber diskutiert, wie das veraltete Arbeitszeitgesetz mit seinen starren Vorgaben etwa zur täglichen Höchstarbeitszeit und Mindestruhezeit an eine moderne Arbeitswelt 4.0 mit Smartphones und Laptops angepasst werden könnte. Zumal auch die Arbeitnehmer ein starkes Bedürfnis nach mehr Arbeitszeitsouveränität haben und vermehrt orts- und zeitunabhängig arbeiten.



**Hessen** Schlosserstraße 8, 35039 Marburg, Tel.: 06421/910070,  
Fax: 06421/910079, E-Mail: hessen@bdd-online.de

## Prävention ist alles

Ladendiebstahl oder Raub kommen vor, egal wie vorsichtig man im Geschäftsraum ist. BDD und Handelsverband Hessen informierten ihre Mitglieder über notwendige Vorsichtsmaßnahmen.

**Die gemeinsam mit dem Handelsverband Hessen** und in Kooperation mit der Polizei Hessen durchgeführte Veranstaltung fand in den Räumen unserer Verbandseinrichtung BZH in Marburg statt. Teil eins der Veranstaltung gehörte der Prävention und praktischen Hinweisen dazu, C.D. Jacobi von der Polizei Marburg referierte in sympathischer und kurzweiliger Weise über Ladendiebstahl, Raub, vorläufige Festnahmemöglichkeiten, Hausverbot, probate Mittel zur Vermeidung, Feinheiten der Rechtsprechung und gab Empfehlungen, wie man Kriminalität eindämmen oder gar ganz vermeiden kann. Er erläuterte die Notwendigkeit



Was tun, wenn eingebrochen wurde? Mit polizeilicher Hilfe und Sicherheitstechnik kommt man gut durch diese Krise.

bestimmter juristischer Schritte zur besseren Strafverfolgung; viele Beispiele aus seiner langen Dienstzeit veranschaulichten das Thema.

**Im zweiten Teil ging es konkret um Einbruch:** Referent Sebastiano Ratto (Telenot Electronic) erläuterte, wie man Einbrechern das Leben schwer macht und zeigte die Möglichkeiten im Bereich Einbruch-, Brandmelde-, Gefahrenmelde- und Gebäudesicherheitstechnik auf.

Im Nachgang der Vorträge nutzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit des Austausches und Netzwerkens intensiv.

## Impressum

### Herausgeber

Bundesverband der  
Dienstleistungsunternehmen (BDD)  
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin  
Tel.: 030/726 250 23,  
Fax: 030/726 250 19  
E-Mail: info@bdd-online.de  
www.bdd-online.de

### Redaktion/Layout

Max Conzemius, Andrea Kurtz,  
Elfriede Münk, Nicole Ritter

### Gestaltung und Umsetzung

BUNTEKUH Medien/LPV GmbH  
Hülsebrockstr. 2-8, 48165 Münster  
Tel.: 025 01/801 32 71  
E-Mail: info@buntekuh-medien.de  
www.buntekuh-medien.de

### Mediadaten/Anzeigenpreise

www.bdd-online.de

## Einladung zum Neujahrsempfang

Der BDD Bundesverband der Dienstleistungsunternehmen sowie der BDD Dienstleistungsverband Hessen und der Einzelhandelsverband Hessen-Nord laden zum Neujahrsempfang 2020 in Marburg ein. „Freuen Sie sich mit uns auf einen guten Start in das neue Jahr“, sagt BDD-Präsident Uwe Goebel, der die Gäste mit einem Grußwort empfangen wird.

„Freuen Sie sich mit uns auf einen guten Start in das neue Jahr.“

BDD-Präsident Uwe Goebel

**Kirsten Fründt, Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf** und Dr. Thomas Spies, Oberbürgermeister der Stadt Marburg, werden die Veranstaltung eröffnen. Zum Impulsreferat wird Dr. Philipp Nimmermann, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (Wiesbaden), erwartet. Sein Thema ist „Nachhaltigkeit: Chancen für Handel und Dienstleistung“. Das Schlusswort gehört dann Stefan Genth, dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Deutschland (HDE) und Bundesgeschäftsführer BDD Bundesverband der Dienstleistungsunternehmen.

### Termin und Ort

**Wann:** Donnerstag, 6. Februar 2020, 13 Uhr

**Wo:** Güterbahnhof 12 GmbH – Das Wohnmagazin  
Neue Kasseler Straße 1-3  
35039 Marburg

## Gewerbliche Gründungen gesunken

Im ersten Halbjahr 2019 ist die Anzahl der gewerblichen Existenzgründungen weiter leicht gesunken (minus 2,1 Prozent). Verglichen mit dem Vorjahreszeitraum fiel der Rückgang jedoch schwächer aus: Insgesamt fanden rund 139.400 Gründungen im gewerblichen Bereich statt. Zugleich sank in den ersten sechs Monaten auch die Anzahl der Unternehmensschließungen auf

rund 138.700 (minus 5,7 Prozent). Damit ist der Gründungssaldo – die Differenz aus Gründungen und Schließungen – erstmals seit dem 2. Halbjahr 2011 wieder positiv. Insgesamt gehen die Wissenschaftler des IfM Bonn davon aus, dass sich der aktuelle Trend bei den gewerblichen Existenzgründungen und den Unternehmensschließungen bis Jahresende fortsetzen wird.

## HDE-Konsumbarometer: Tiefstand

Mit 99,33 Punkten erreicht das HDE-Konsumbarometer im Dezember 2019 den tiefsten Stand in diesem Jahr und liegt mit zwei Punkten deutlich unter dem Höchststand vom April 2019. Während sich die Gesamtstimmung verschlechtert, trifft dies aber nicht auf alle Teilindikatoren zu.

Die Anschaffungsneigung der Befragten ist wie bereits im November angestiegen, wenn auch weniger stark als vor einem Jahr. Dennoch können die Einzelhändler zuversichtlich auf das Weihnachtsgeschäft blicken: Im vergangenen Jahr war die Anschaffungsneigung bereits im Dezember abgesunken, dies ist in diesem Jahr nicht der Fall. Leicht getrübt zeigt sie sich nur

aufgrund der sinkenden Einkommenserwartung der Befragten, sie liegt gut zwei Punkte unter dem Vorjahreswert.

Die persönlichen Erwartungen der Befragten bleiben entkoppelt von der schwachen konjunkturellen Entwicklung, dennoch folgt das HDE-Konsumbarometer insgesamt dem Trend der Wirtschaftsindikatoren. Eine Rückkehr zu den teilweise kräftigen Wachstumsraten wird nach wie vor nicht erwartet, gleichwohl besteht die Hoffnung, dass ein Wendepunkt erreicht sei und die Entwicklung in den kommenden Monaten nicht weiter abwärts geht. Dies zeigt sich auch in den sich stabilisierenden Konjunkturerwartungen der Befragten.

### STIMMUNG LÄSST LEICHT NACH

Konsumbarometer Dezember 2019



Quelle HDE

## Deutschlands beste Dienstleister

1. Vodafone (57,7 Prozent)
2. FlixBus (53,5 Prozent)
3. ADAC (49,6 Prozent)
4. Deutsche Post (42,7 Prozent)
5. Goethe-Institut (35,6 Prozent)
6. DHL (35,1 Prozent)
7. Center Parcs (34,9 Prozent)
8. Grünwelt Energie (33,3 Prozent)
9. Aboalarm.de (31,3 Prozent)
10. Lufthansa (28,1 Prozent)

Quelle: Handelsblatt Service-Value-Ranking 2019, Kundeneinschätzungen in Prozent

## Termine

### 17. – 26. Januar, Berlin

Internationale Grüne Woche (IGW)  
[www.gruenewoche.de](http://www.gruenewoche.de)

### 29. – 30. Januar, Berlin

Deutscher Handelsimmobilienkongress / Stores of the Year  
[www.managementforum.com](http://www.managementforum.com)

### 30. Januar, Berlin

Berliner Spitzen: Politische Podiumsdiskussion zur Wettbewerbspolitik  
[www.lebensmittelpraxis.de](http://www.lebensmittelpraxis.de)

### 2. – 5. Februar, Köln

Internationale Süßwarenmesse (ISM)  
[www.ism-cologne.de](http://www.ism-cologne.de)

### 7. – 11. Februar, Frankfurt

Ambiente  
[www.ambiente.messefrankfurt.com](http://www.ambiente.messefrankfurt.com)

### 16. – 20. Februar, Düsseldorf

EuroShop  
[www.euroshop.de](http://www.euroshop.de)

### 27. Februar, Berlin

Spezial-Seminar „Versicherungs-Controlling im Unternehmen“: So senken Sie Ihre Prämien  
[www.g-vp.de](http://www.g-vp.de)